

Die Modernisierung des Kabelnetzes
Statement Dr. Dieter Klumpp anlässlich
„Fünf Jahre Multimedia-Enquête-Kommission Baden-Württemberg“
auf dem Multimedia-Kongress der FDP/DVP-Landtagsfraktion
Landtag Baden-Württemberg, Stuttgart, 30.11.2000

Vor fünf Jahren wurde das große Pilotprojekt für „Video on Demand“ in Baden-Württemberg kurz vor der technischen Inbetriebnahme dieses HFC-Systems zur Digitalisierung und Interaktivierung des TV-Kabelnetzes abgebrochen. Um es gleich vorweg zu sagen: Nicht wegen der Enquête-Kommission Multimedia. Die parallel zum Versuchsaufbau laufende Enquête-Kommission hat weder zum Scheitern noch zum Gelingen des Projekts irgend etwas beitragen können, genau so wenig übrigens wie die Begleitforschung. Es hat für das jäh Projektende überhaupt keinen einzelnen Schuldigen gegeben. Die gesamte Akteurskette hatte sich lediglich ein viel zu großes Ziel vorgenommen – und dies auch noch zu spät. Einige Markierungspunkte aus dieser Erfahrung können jedoch heute hilfreich sein.

Die Forscher im Bereich der Breitbandtechnik hatten Anfang der neunziger Jahre ihre Hausaufgaben gemacht. Die ganz wesentliche Leistung der angewandten Forschung war, der Tatsache Rechnung getragen zu haben, dass auf Beschluß des damaligen Postministers seit 1982 ein reines TV-Verteilnetz in Koaxtechnik und nicht ein Breitbandkommunikationsnetz in optischer Technik gebaut worden war. Die Technik stellte nunmehr mit der Mischung aus Glasfaserheranführung und der Kupferkabelverteilung einen Kompromiß vor, der sich weltweit schnell sogar als beste Lösung entpuppte, also nicht etwa eine halbe Sache war. HFC-Netze sind aus Systemsicht effektiver und effizienter als reine Glasfasernetze bis zum Teilnehmer, auch wenn diese Tatsache noch heute viele überrascht. Wäre die Telekommunikationswelt noch so gewesen wie die Jahrzehnte zuvor, hätte unmittelbar die *Entwicklung des Systems und dessen Implementierung als technische Infrastruktur* einsetzen können, der erste Abschnitt einer Datenautobahn wäre gebaut worden.

Inzwischen hatte sich aber die Welt der Telekommunikation um 180 Grad gedreht. Nicht mehr der technikinduzierte Infrastrukturbau nach dem althergebrachten Vorsorgeprinzip, sondern das konsumentengetriebene moderne Nachfrageprinzip hatte Platz gegriffen. Dies war Ziel und Folge eines Outsourcing des ganzen Politikfeldes, das eine höhere Innovationsfähigkeit der Wirtschaft zum Ziel hatte.

- Das große Kollektivrisiko eines Infrastrukturbaus wurde durch die Postreformpolitik in viele kleine Risiken von möglichen Marktteilnehmern zerlegt, ohne dass bedacht wurde, dass *ein in viele Teilrisiken zerlegtes Risiko arithmetisch nicht kleiner wird*. Aber es sieht deutlich überschaubarer aus und gehört inzwischen zu den unverzichtbaren Grundsäulen einer „Logik des Mißlingens“ (Dörner).

Die Forscher hatten erkannt, dass das Maximum an infrastruktureller Vorleistung in einem Pilotprojekt liegen könnte, das nur gerade so groß angelegt sein mußte, um die kritische Schwelle zu überwinden. Denn alles unterhalb von kritischen Schwellen lohnt sich in der Telekommunikationswirtschaft nicht: Mikroelektronik und Software in Losgröße 1 gibt es nicht, das läßt der Markt von den Preisen her nicht zu. Ausnahme sind Märkte mit einem einzigen Auftraggeber, der für das Payback der gesamten Entwicklungs- und Produktionskosten sorgt. Und den war die Politik gerade im Begriff abzuschaffen.

Die Forscher waren also zu spät dran, nicht zu früh. Mit großer Überzeugungskraft übergaben sie die Realisierung des Projekts an die Mischung von Innovationspolitik und Marketing. Mit

je einem Drittel von erhofften 100 Millionen Zuschuß sollten Technik, Netzbetrieb und Content gleichermaßen einen Startimpuls erhalten. Bei der strategischen Projektplanung unterliefen einige grundsätzliche Fehler. Zwar standen klassische Contentlieferanten von TV-Programmen - wie zum Beispiel die Rundfunkanstalten oder die Kirchgruppe - bereit, aber es existierte praktisch überhaupt kein Contentlieferant für interaktiven Content.

Weit und breit der einzige war ein Kaufhaus, das sich ein Konzept für das Teleshopping von Sportschuhen erarbeitet hatte. Dieses Konzept erforderte jedoch eine minimale Teilnehmerzahl des Pilotprojekts von 4000 Haushalten. Um nun wiederum diese 4000 Haushalte zu gewinnen, waren im Projekt weder Kapazitäten noch Geldmittel vorhanden. Denn aus dem ursprünglichen erstrebten Zuschuß von 100 Millionen war durch EU-Zurückhaltung (weil es denn kein „Forschungsprojekt“ mehr war) ein Drittel weggefallen.

Ein nicht zu unterschätzender Fehler war auch, dass die Projektakteure nicht deutlich genug gemacht hatten, dass „Video on Demand“ nicht zwingend nur ein „Movie on Demand“ sein muß, sondern eben jede Art von interaktivem breitbandigen Datenstream. Die Akzeptanz des vermeintlichen Fernsehvermehrungsangebots hielt sich denn auch in Grenzen, und damit fiel das Pilotprojekt just an dem Tag, an dem der Prototyp eines Media Stream Server erstmals rund lief.

So weit die lehrreiche Vergangenheit der Modernisierung des Kabelnetzes in Deutschland und speziell in Baden-Württemberg. Ich *persönlich* bin der Meinung, dass die Gegenwart und die nahe Zukunft der Kabelmodernisierung noch viel lehrreicher sein wird, aber dies braucht die Politik nicht mehr zu interessieren. Anders als etwa beim Verkehr oder der Gesundheit ist es der Politik durch Liberalisierung und Privatisierung auf dem Gebiet der Informationstechnik nachweislich gelungen, sich aus jeglicher Infrastrukturverantwortung zurück zu ziehen.

- Vor 20 Jahren noch kostete eine Erhöhung der Telefongebühren den Parteien Wählerstimmen, heute bringt eine Absenkung des Preisniveaus keine einzige Stimme mehr.
- Eine Erhöhung von Kabelgebühren für das Fernsehen führt nicht mehr zu an die Politik gerichtete Proteste, sondern zu einem Wechsel des Providers, falls man keinen Zweijahresvertrag abgeschlossen hat.
- Die Telekommunikationspolitik ist outgesourct, sie ist privatisiert und im guten Sinne säkularisiert. Und Deutschland hat hier unstrittig die Vorreiterposition inne.
- Der IT-Markt in Deutschland – 10 Prozent des Weltmarkts - gehören der Welt, kein globaler Anbieter braucht zu fürchten, dass die IT-Wirtschaft etwas so Unaussprechliches wie „Reziprozität“ fordert.
- Eine Nachwehe ist noch zu spüren, die aber hoffentlich abebben wird. Wenn sogar die Bürger und Aktionäre allmählich begreifen, dass die Telekom ein ganz normales Wirtschaftsunternehmen ist, können dies die Politiker endlich auch nachvollziehen und die Telekom präventivregulatorisch in Ruhe lassen wie andere Unternehmen auch.

Die Art von Politik, wie sie noch zu Zeiten der Enquête-Kommission über alle Fraktionen und über die Riege der externen Fachleute hinweg herrschte, hat ihre Schuldigkeit getan.

- In Baden-Württemberg hat sie es immerhin noch vermocht, mit der Medien- und Filmgesellschaft eine Agentur einzurichten, die den Medienstandort Stuttgart mit harten Subventionspflöcken gegen die ständige Erosion absichert. Nur dann und wann wandert noch eine Werbeagentur oder ein Verlag nach Düsseldorf, Berlin oder München ab, der sich lediglich von der in diesen Bundesländern praktizierten Strukturpolitik blenden lässt.

- Die Politik hat auch mit dem von der Enquête-Kommission geforderten Innovationsforum Multimedia-Anwendungen ein überzeugendes Beispiel für die nunmehr vorherrschende Innovationsfolklore geliefert. Ich habe in den letzten Tagen rund ein Dutzend führender Teilnehmer gefragt, worum es in diesem Forum gegangen ist – keiner vermochte es zu sagen, aber alle hatten eine angenehme Erinnerung daran. Ich habe eher die unangenehme Erinnerung an meinen Arbeitskreis mit Peter Zoche und Günter Müller, in dem wir eine so weltfremde und – wie die letzte Zeit gezeigt hat: unnötige - Forderung wie „Sofortige Erhöhung der Sicherheit und Zuverlässigkeit von Datennetzen“ folgenlos propagiert haben.

Die ansässige Wirtschaft hat diesen Rückzug der Politik endlich begriffen und muß nun, was genau so schwierig sein wird, wiederum der Politik vermitteln, dass sie dies begriffen hat. Die konstruktive Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft auf dem Gebiet der Informationstechnik muß sich neu ausrichten. Nicht mehr die Moderation von gemeinsamer Infrastrukturgestaltung steht im Vordergrund, sondern das gemeinsame Anpassen von geeigneten Rahmenbedingungen.

- In der alten Telekommunikationswelt – ich erinnere an die Monrepos-Runden Anfang der achtziger Jahre – konnte man noch *gemeinsam* innovationsverträgliche Gesetze und gemeinsame Businessmodelle gestalten.
- In der neuen Telekommunikationswelt gilt es zum Beispiel, die hiesigen Regulierungsmechanismen *gemeinsam* an die Businessmodelle amerikanischer Netzbetreiber anzupassen. Dies dürfte deswegen kein unüberwindliches Problem sein, weil es ja für den Fall des Mißerfolgs auf seiten der Politik nur den Ausfall eines stimmungsmäßig gewünschten Aufwuchses als Konsequenz gäbe, die Politik also - wegen nicht gegebener eigener Verantwortlichkeiten - kein Geld ausgeben muß.

Es ist bei der Modernisierung des Kabelnetzes, das in Baden-Württemberg im Januar 2001 beginnen soll, kein Druck auf die Politik zu erwarten, auch kein Erwartungsdruck. Die mittelständischen Netzebene-4-Betreiber, die öffentlich-rechtlichen sowie die privaten Rundfunkanstalten werden sich gegebenenfalls an die *Gerichte* wenden, die künftig im Wettbewerb stehenden Ortsnetzbetreiber an die *Regulierungsbehörde* und die ansässigen Hersteller und Betreiber eben an den *Weltmarkt*.

Die Politik der Liberalisierung und Globalisierung hat vielfach den Leitspruch „no business is local“ verinnerlicht, so dass sie weder lokal noch regional, wahrscheinlich nicht einmal mehr national einen Zusammenhang von den entsprechenden Märkten und den Arbeitsplätzen beachten muß und wird. Denn es steht keine Wählerstimme auf dem Spiel.

Umgekehrt wird aber auch die Politik – abgesehen von der erwähnten Innovationsfolklore – von den Neuerungen im Kabelnetz wenig Aufwuchs verspüren. Denn es wird zunächst nur drei Dinge geben, die schon so altbekannt sind, dass sie den neuen Fachausdruck „triple play“ verliehen bekommen haben.

- Dies ist zum ersten eine weitere *Verbilligung des Telefonierens* auch im Ortsnetz. Dabei werden neue innovative Techniken wie „Voice over IP“ eingesetzt, aber das eigentliche Telefonat – also die Konversation von Mensch zu Mensch – bleibt dasselbe.
- Sodann wird es den *schnellen Internetzugriff* bis zum nächsten Netzknoten geben, danach bleibt das gute alte Internet mit all seinen kreativitätsfördernden Wartezeiten erhalten, weil die Netzarchitektur – insbesondere bei den weltweit aufgestellten Servern – eine

durchgehende Schnelligkeit im Megabitbereich schlichtweg nicht zuläßt, sondern eben im zweistelligen Kilobitbereich bleiben wird.

- Drittens bringt das „triple play“ eine neue Mischung altbekannter TV-Kanäle, dies aber in bestechender digitaler Qualität. Es ist nicht damit zu rechnen, dass ganz neue Kanäle auftauchen, weil für denkbare Spartenkanäle wie „Lastwagenwerfen“ oder „Landtag-Life“ alles bereit steht außer einem Publikum, womöglich gar einem zahlungsbereiten.

Wie vor fünf Jahren – und an dieser Stelle sei mir wenigstens einmal die Interjektion „d  ja vu!“ gestattet – zeigt sich im Markt weit und breit noch niemand, der die vielgerühmten interaktiven Breitbanddienste entwickeln würde. Dies hat mehrere Gründe.

- Zum einen gibt es in der recht ingenieurorientierten IT-Branche traditionell keine explizite Dienstentwicklung. Vielmehr werden auf Seiten der Hersteller so genannte technische Plattformen entwickelt, auf denen die Betreiber im trial-and-error-Verfahren oft recht hemds  rmelig neue Mehrwertdienste implementieren. So gibt es keine Stelle, die etwa einen Videokonferenzdienst oder den Videofondienst systematisch entwickeln würde, zumal es dafür keinen Auftraggeber gibt.
- Zum anderen sind relevante IT-Betreiber in Deutschland durch die Verhängung einer UMTS-Sondersteuer über den Lizenzerwerb hinaus nicht mehr in der Lage, finanzielle Spielräume für Innovationen zu generieren. Die Finanzmärkte in der Informationstechnik sind ausgereizt, nachdem sich auch Teile der neuen Internetökonomie als powerpoint- und excelgest  tzte Geldvernichtungsmaschinerien entpuppt haben. Die Not der Betreiber, nur noch das preisgünstigste, nicht aber das innovativste Angebot zu suchen, trifft auch die Hersteller, die jetzt sagen: Ja, liebe Politik, wir nehmen die kollektive Hundertmilliarden-Strafe an. Aber was genau haben wir eigentlich verbrochen?
- Die neuen Besitzer des Kabelnetzes können schon den Kaufpreis für die Kabelnetze (etwa 20% des Neupreises) nicht selbst bar auf den Tisch legen, sondern werden ihn über viele Jahre auf den Kapitalmärkten abstottern müssen. Sie sind dringend auf Rückflüsse des „triple play“ angewiesen. Für Investitionen in neue Breitbanddienste ist kein Spielraum vorhanden.

Denkbare interaktive Massendienste für das Multimedianeetz kommen vom Markt alleine nicht ins Laufen. Weil zum Beispiel nicht zu erwarten ist, dass sich Bürger zusammenrotten und lautstark eine elektronische Verwaltung fordern, haben andere Länder wie Frankreich und Japan jetzt Milliarden für die Entwicklung eines Electronic Government eingesetzt. Wir in Deutschland vertrauen darauf, dass nach der ersten Phase der Bereitstellung aller B  rgermeisterfotos im Netz nunmehr die zweite Phase, die Bereitstellung aller Beh  rdenadressen und Beh  rdenformulare im Internet zu einem ebenso begeisternden wie kostengünstigen Erfolg wird. Hierbei stehen 14.000 Kommunen, 16 Bundesländer plus Mallorca, mehrere Bundesministerien und sämtliche Bundesbehörden untereinander in einem äußerst kreativen Wettbewerb: Vereinheitlichte Formulare passen nicht zu unserer Verwaltungskultur des 21. Jahrhunderts, denn schließlich soll auch das Auge des Bürgers durch bunte HTML-Vielfalt erfreut werden.

Der Politik bleibt aber neben der für die Stimmung so wichtigen Innovationsfolklore – aktuelles Beispiel ist der Leitantrag zur Informationsgesellschaft auf dem derzeit laufenden virtuellen Parteitag der Grünen, der auch von allen anderen Parteien unterschrieben werden könnte – doch noch eine wichtige Aufgabe. In der Medienpolitik versuchen die Staatskanzleien und ihre Medienanstalten die althergebrachten Ordnungsprinzipien in rund halbjährlichem Abstand an die fast wöchentlich neu hereinbrechenden technischen Möglichkeiten anzupassen. Es ist eine schöne Folge dieses Kampfes auf verlorenem Posten, dass nach Jahrzehnten der

ideologischen Spaltung eine absolute Einigkeit über alle Parteien hinweg entstanden ist, ein Vorgang, der nicht einfach als „Konvergenz der Belanglosigkeit“ abgetan werden sollte.

Der Gesellschaft, die sich vor zehn Jahren noch so etwas wie einen „offenen Diskurs“ über die Informationsgesellschaft vorgenommen hat, bleiben viele Möglichkeiten der Teilhabe in Arbeitskreisen, Foren und Gesprächszirkeln. Pro Großfusion im globalen IT-Markt entstehen in Deutschland im Schnitt etwa drei neue Gesprächskreise. Diese sind dank der unermüdlichen Ehrenamtlichen eher von offensivem Lächeln als von resignativem Schulterzucken geprägt. Es bietet sich den kreativsten Köpfen auch eine ungeahnte Fülle von Chancen, tief schürfende Einsichten gedruckt in den Schrank oder digital als „pdf“ ins Netz zu stellen, was in etwa auf dasselbe hinaus läuft.

Dies alles bleibt der Politik und der Gesellschaft immerhin als tägliches Bemühen und steter Lohn auf dem Weg in die Informationsgesellschaft. Und dann und wann eine weise Enquête-Kommission.